

Forsa-Umfrage der IKK classic: Mehrheit der Deutschen befürwortet Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer

- **63 Prozent** der Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahre sind grundsätzlich für eine **Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer** in Deutschland. **Weitere sechs Prozent** wären nur dafür, wenn die Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer direkt an die gesetzlichen Krankenkassen fließen würden
- **42 Prozent** der Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahre sind der Meinung, dass die **Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer in voller Höhe direkt den gesetzlichen Krankenkassen zugutekommen** sollten. Weitere **47 Prozent** wünschen sich, dass **zumindest ein Teil davon an die gesetzlichen Krankenkassen geht**
- IKK classic fordert eine **zusätzliche Abgabe auf Alkohol und Tabak**

Dresden. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahre ist grundsätzlich für die Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer und befürwortet, dass die Einnahmen komplett oder zumindest teilweise an die gesetzlichen Krankenkassen gehen. Dies zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der IKK classic, die vom 22. bis 26. Mai 2025 mit 1.004 Befragten über 18 Jahre durchgeführt wurde.

Rund 70 Prozent der Befragten sind für eine Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer

63 Prozent der Befragten stimmen für eine grundsätzliche Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer, sechs Prozent sind nur dafür, sofern die Einnahmen aus diesen Steuern an die gesetzlichen Krankenkassen fließen würden. 27 Prozent dagegen lehnen eine Erhöhung grundsätzlich ab.

Deutliche Unterschiede zeigten sich dabei zwischen den Altersklassen. Während 59 Prozent der 18- bis 59-Jährigen einer grundsätzlichen Erhöhung der Steuern zustimmen, sind es bei den über 60-Jährigen 70 Prozent.

Knapp 90 Prozent der Befragten sind dafür, dass die Einnahmen aus der Tabak- und Alkoholsteuer ganz oder teilweise an die gesetzlichen Krankenkassen fließen

Auf die Frage, ob die Einnahmen aus der Tabak- und Alkoholsteuer an die gesetzlichen Krankenkassen fließen sollen, gab es auch eine eindeutige Meinung. 42 Prozent der Befragten ab 18 Jahre sind dafür, dass die Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer in voller Höhe direkt den gesetzlichen Krankenkassen zugutekommen sollten. Weitere 47 Prozent wünschen sich, dass zumindest ein Teil davon an die gesetzlichen Krankenkassen geht. Lediglich 10 Prozent der Befragten sprachen sich komplett dagegen aus.

Auch hier gab es Unterschiede zwischen den Altersklassen. 33 Prozent der 18- bis 39-Jährigen sind dafür, dass die Steuern in voller Höhe den gesetzlichen Krankenkassen zugutekommen sollen. 55 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Einnahmen zumindest teilweise an die Krankenkassen gehen. Bei den 40- bis 59-Jährigen lagen die Zustimmungswerte bei 41 und 48 Prozent, bei den über 60-Jährigen bei 51 und 39 Prozent.

IKK classic fordert zusätzliche Abgabe auf Alkohol und Tabak

„Die Ergebnisse dieser Umfrage bestärken uns in unserer langjährigen Forderung an die Politik, eine zusätzliche zweckgebundene Abgabe auf Alkohol und Tabak zu erheben. Offensichtlich gibt es hierfür eine große Mehrheit in der Bevölkerung“, so der Vorstandsvorsitzende der IKK classic Frank Hippler. „Der übermäßige Konsum von Alkohol und Tabak ist nicht nur gesundheitsschädlich, er belastet das Gesundheitssystem finanziell auch durch die Folgeerkrankungen, die bis jetzt die Versichertengemeinschaft allein tragen muss. Laut dem Jahrbuch Sucht 2025 der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen belaufen sich die direkten Kosten für die Behandlung von tabakbedingten Krankheiten jährlich allein auf 30,32 Milliarden Euro. Die Beteiligung der gesetzlichen Krankenversicherung an einer zusätzlichen Abgabe würde diese Leistungsausgaben der Krankenkassen reduzieren und damit die Versichertengemeinschaft entlasten“.

Die IKK classic ist mit rund drei Millionen Versicherten die führende handwerkliche Krankenversicherung und eine der großen Krankenkassen in Deutschland. Die Kasse hat rund 7.000 Beschäftigte an 161 Standorten im Bundesgebiet. Ihr Haushaltsvolumen beträgt über 15 Milliarden Euro.